

Berliner Mindestfahrpreis für Mietwagen: Werden Dumpingpreise beendet?

Die Berliner Landesregierung diskutiert am 19. Dezember 2024 den Antrag für einen Mindestfahrpreis für Mietwagenanbieter wie Uber und Bolt, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und das öffentliche Verkehrsinteresse zu schützen.



Die Berliner Landesregierung macht ernst mit der Regulierung des Mietwagenmarktes! In der Sitzung des Abgeordnetenhauses wird heute ein Antrag erörtert, der einen Mindestfahrpreis für Plattformen wie Uber und Bolt vorsieht. Ziel ist es, die Preise in der Mietwagenbranche zu justieren und Dumpingpreise zu stoppen, die zu Wettbewerbsverzerrungen im Vergleich zu traditionellen Taxiunternehmen führen, wie die **rbb24** berichtete.

Mit der geplanten Regelung sollen die Mietwagenanbieter nicht

mehr die Freiheit haben, ihre Preise uneingeschränkt festzulegen. SPD-Verkehrspolitiker Tino Schopf kritisierte die bisherigen Praktiken der Vermittlungsplattformen und verwies darauf, dass bis zu 30 Prozent des Fahrtpreises als Provision einbehalten werden. Dies habe häufig zu illegalen Praktiken wie Sozialbetrug und Steuerhinterziehung geführt. Außerdem werden verstärkte Kontrollen des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (Labo) vorgesehen, um die Einhaltung der Vorschriften zu gewährleisten. Dies wird ein klarer Schlag gegen die unlauteren Geschäftspraktiken auf dem Mietwagenmarkt sein, wie auch die **Berliner Zeitung** bestätigte.

Hintergrund und erstmalige Umsetzung in Leipzig

Bereits 2021 wurde in Leipzig ein ähnliches Modell eingeführt, wo Mindesttarife für Mietwagen definiert wurden. Während diese als grundsätzlich zulässig anerkannt wurden, kritisierte das Verwaltungsgericht Leipzig die tatsächliche Höhe der Tarife, was zu ähnlichen rechtlichen Auseinandersetzungen in Berlin führen könnte. Die Stimme von Patrick Meinhardt, Hauptgeschäftsführer des Taxi- und Mietwagenverbands Deutschland, erweist sich als wichtig: Er fordert ein klares Ja zum Mindestbeförderungsentgelt, um bundesweite Signale in dieser Angelegenheit zu setzen.

Die Überprüfungen der Berliner Senatsverwaltung im vergangenen Jahr führten zur Sperrung von hunderten Fahrzeugen aufgrund fehlender oder ungültiger Genehmigungen. Mit dem neuen Antrag ist die Landesregierung entschlossen, die Regulierung im Mietwagenbereich weiter voranzutreiben und eine faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Die Augen sind auf Berlin gerichtet, denn dieser Schritt könnte wegweisend für ganz Deutschland sein.

Details	
Quellen	• www.rbb24.de • www.berliner-zeitung.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de